

Seminar im Wintersemester 2024/2025
Antiisraelische Proteste an deutschen Universitäten

Seit dem Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023 gibt es an deutschen Universitäten immer wieder Proteste gegen das Vorgehen Israels im Gaza-Krieg und Aktionen von Studierenden für die Solidarität mit den Palästinensern. Hörsäle werden besetzt, Symbole gezeigt, Parolen skandiert. Die Polizei beräumt und leitet Ermittlungsverfahren ein, Gastprofessoren werden auf der Grundlage von Antisemitismusvorwürfen entlassen. Welche Proteste sind rechtmäßig und zu dulden, was darf, was muss die Universitätsleitung ggf. unterbinden? Und was folgt daraus, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erklärt wurde? Diesen und anderen Fragen an der Schnittstelle des Verfassungs- und Versammlungsrechts sowie des Strafrechts soll im Rahmen des Seminars auf den Grund gegangen werden.

Die Veranstaltung wird am Ende des Wintersemesters 2024/2025 als Blockveranstaltung in Präsenz durchgeführt; der genaue Termin wird noch bekannt gegeben. Wegen der Modalitäten der Themenvergabe und der Termine für die Referate beachten Sie bitte die Hinweise in Moodle zu diesem Seminar ("Antiisraelische Proteste an deutschen Universitäten").

Folgende Referatsthemen sind geplant:

1. Die deutsche Staatsräson und das Grundgesetz – was folgt aus unserer Verfassung für die Sicherheit Israels?
2. "From the river..." und weitere Parolen und Symbole als Volksverhetzung gemäß § 130 StGB
3. Israelfeindliche Versammlungen – Skandieren bestimmter Parolen als Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und/oder Ordnung im Sinne des § 15 Abs. 1 VersG?
4. Bedrohungen, Beleidigungen, Aufrufe zu Straftaten im Rahmen der antiisraelischen Proteste – welches Verhalten ist ggf. nach welchem Straftatbestand strafbar?
5. Die Besetzung von Hörsälen – legal oder Verstoß gegen das Versammlungsrecht?

6. Sachlicher Dialog oder Aufstachelung zu Gewalttaten? Wann darf die Polizei Hörsäle beräumen?

7. Die Universität als Selbstverwaltungskörperschaft und ihre Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit antiisraelischen Protesten

Prof. Dr. Wolfgang Mitsch ist Professor (em.) für Strafrecht mit Jugendstrafrecht und Kriminologie an der Universität Potsdam, Prof. Dr. Norbert Janz ist Ministerialrat am Landesrechnungshof Brandenburg und außerplanmäßiger Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Verfassungsgeschichte und Staatskirchenrecht an der Universität Potsdam, Dr. Susanne Claus ist Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Justiz und Lehrbeauftragte an der besagten Universität.